

Freiburg, den 10.12.2011

Demo
„Gemeinsam gegen Rassismus
- Schluss mit dem Naziterror“
am 10. Dezember 2011
Platz der alten Synagoge
12.00 Uhr

Redetext **von B. Wagner**

Liebe Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor kurzem wurden die abscheulichen und systematisch durchgeführten Morde der Terrorzelle Zwickau aufgedeckt. Der heutige Aufruf hat das Ziel, deutlich zu machen, dass es in unserem Lande eine Mehrheit für das Verbot neofaschistischer Organisationen und Parteien gibt, und dass dies endlich durchgesetzt werden muss.

Neu sind solche Morde nicht. Antifaschistische Initiativen, der Tagesspiegel sowie die Frankfurter Rundschau benennen 140-182 Morde mit rassistischem Hintergrund seit 1990. Die Bundesregierung kennt jedoch „nur“ 47 solche Fälle. Die Differenz offenbart eine seit Jahrzehnten andauernde Mentalität des Wegschauens und der Verharmlosung rechter Gewalt. Gleichzeitig werden Organisationen wie der Verband der Verfolgten des Nazisystems, VVN-Bund der Antifaschisten, dessen Mitglied ich bin, vom Verfassungsschutz observiert und in seinen Berichten diffamiert.

Terror und Gewalt gehört heute wie bei den historischen Geistesgenossen des letzten Jahrhunderts in das Grundrepertoire der Naziideologie. Von den rund 20 000 gemeldeten Nazistraftaten im letzten Jahr waren 800 Gewalttaten. Das Bundesinnenministerium gab auf Anfrage der Partei Die Linke an, dass in den letzten beiden Jahren jeweils 400 Waffenfunde im Zusammenhang mit rechten Straftaten gemeldet wurden. Die Zwickauer Zelle hat unmissverständlich gezeigt, dass diese Waffen nicht von Waffenliebhabern sondern für den Gebrauch gehortet werden.

Rechte Gewalt gibt es auch in unserer Region. In Lörrach wurden 2008 Waffen gefunden. Bei dem Jungnazi Thomas Baumann hatte die Polizei Material zur Herstellung von Splitterbomben gefunden – allerdings erst nach Hinweisen von Antifaschisten aus Freiburg. Es gab Hinweise darauf, dass auch der Freiburger DGB ein Ziel für Anschläge sein sollte. Allerdings verlief der anschließende Prozess gegen Baumann wie in vielen anderen Fällen im Sande. Auch der Neonazi, der vor wenigen Wochen bei Riegel einen Antifaschisten mit dem Auto schwer verletzte, ist auf freiem Fuß.

Im Zusammenhang mit der Zwickauer Terrorgruppe haben Ermittlungsbehörden und Geheimdienste nicht nur versagt. Schlimmer noch, es wird von Verstrickungen hinein in das rechte Milieu berichtet. Daneben steht die ungeheure Tatsache, dass terroristische Nazistrukturen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, mit Recht im Mittelpunkt der Kritik. Ein Beispiel: Die Summe von 200 000 € aus einer Zahlung für einen einzigen V-Mann der Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“ ist in die rechte Szene geflossen. Die Schlapphüte im Staatsdienst haben den Aufbau der Gruppe erst ermöglicht statt den Terror zu klären! Innerhalb von 5 Jahren flossen in Mecklenburg-Vorpommern 6 Mio und in Sachsen 12 Mio in die parlamentarische Arbeit der NPD, und von da weiter in die Naziszene. Ohne dieses Geld wären die Wahlerfolge der NPD in Mecklenburg-

Vorpommern nicht möglich gewesen – bestätigte im November der NPD-Vize Udo Pastörs in einem Interview.

Die V-Männer waren bereits beim Verbotsantrag 2003 der Grund, weshalb das Bundesverfassungsgericht ihn zurückgewiesen hatte. Damals stand jedes siebte, ja, jedes siebte Leitungsmitglied der NPD auf der Lohnliste des Verfassungsschutzes! Das ist nach wie vor fast unglaublich! Das Urteil nannte damals eindeutige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verbot. Dennoch wurden die V-Männer nicht abgeschaltet. Man brauche Zeit, wurde gesagt. Es erscheint heute, 8 Jahre später, offensichtlich, dass sich an diesem Zustand seitdem nicht geändert hat.

Die V-Leute liefern wichtige Informationen, sagt jetzt wieder der CSU-Bundesinnenminister Friedrich, und warnt vor einem Verbot. Hören wir dazu Siegfried Boß, damals einer der Verfassungsrichter, die das Verbot kippten, in der BadZeitig vom Donnerstag. „**Ich frage mich**“, kritisiert er, **„warum so stur an den V-Leuten festgehalten wird. Wo ist denn der Ertrag dieser Spitzel? Wenn die V-Leute so nützlich sind, warum hat dann der Verfassungsschutz von der Mordserie überhaupt nichts mitbekommen?“** Soweit der Verfassungsrichter.

Viele fragen sich nun, ob aus den vorliegenden Fakten nicht gefolgert werden muss, dass es ein Interesse an dem Bestehen des braunen Sumpfes gibt? Es stellt sich doch die Frage: **Soll die Naziszene - wie schon einmal in der Folge einer Weltwirtschaftskrise - der letzte Trumpf von Großindustrie und Finanzkapital sein?** Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Anwesende, genau um dem vorzubeugen sind wir heute auch hier!

Daher forderte der DGB in seiner Erklärung zum Antikriegstag dieses Jahres unmissverständlich, ich zitiere, **„die politischen Vertreterinnen und Vertreter auf, die NPD und alle rechtsextremen Organisationen endgültig zu verbieten. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft kein Raum gegeben werden.“** Soweit der DGB, aber noch ist diese Forderung nicht verwirklicht, auch wenn Frau Merkel derzeit damit Punkte zu sammeln versucht.

Die Abschaltung aller Nazi-V-Leute und die Einleitung eines Verbotverfahrens gegen die NPD sind ohne Zweifel notwendig. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen die Vermittlung humanistischer Werte in Schulen und überall! Folgen muss die Auseinandersetzung mit rechten Ideologien, egal ob in neoliberaler Gewandung oder offen. Der Kampf gegen Rassenhass und Gewalt braucht das gemeinsame Engagement des Staates und seiner Bürger. Sorgen wir für einen Staat, der das zu seiner Aufgabe macht! Stärken wir die demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft!

Und auch dafür sind wir heute unterwegs. Ich wünsche mir, dass wir in unserer Stadt für diese Ziele werben und in diesem Wollen die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. Auch heute.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!